



Pressemitteilung

Berlin, 25. Oktober 2025

Seite 1 von 3

Chausseestr. 23
10115 Berlin

Pressestelle
Tel. +49 30 18615 6121 und 6131
Fax +49 30 18615 7020

pressestelle@bmwe.bund.de
www.bundeswirtschaftsministerium.de



Gemeinsam für Resilienz: Bündnis Zukunft der Industrie legt gemeinsames Positionspapier zur Sicherung kritischer Rohstoffe vor

Wie kann Deutschland auch in Zukunft sicher, resilient und wettbewerbsfähig produzieren? Diese Frage stand im Mittelpunkt des ersten Spitzengesprächs des „Bündnis Zukunft der Industrie“ (BZdI) in der neuen Legislaturperiode. Am 25. November 2025 fand auf Einladung von Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche das Gespräch mit dem zweiten Vorsitzenden der IG Metall Jürgen Kerner, dem Präsidenten des BDI Peter Leibinger und den Spitzen weiterer Industrie- und Arbeitgeberverbände, der DIHK, Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Berlin statt.

Gemeinsames Ziel der Partner im BZdI ist es, die Zukunft der Industrie in herausfordernden Zeiten zu gestalten und deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die 19 Bündnismitglieder waren sich einig, dass neben dem Bürokratieabbau insbesondere die Handlungsfelder Energiepreise, Innovationspolitik und die Sicherung der Rohstoffe essenziell für den Industriestandort Deutschland sind. So wurde zwischen den Bündnispartnern vor allem ein gemeinsames Positionspapier zur Sicherung kritischer Rohstoffe vereinbart, welches verschiedene konkrete Handlungsfelder adressiert.

Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche: „Rohstoffpolitik ist heute eine Frage der nationalen Resilienz. Wer industrielle Stärke sichern will, braucht verlässliche, diversifizierte und nachhaltige Rohstoffquellen. Dazu gehören der entschlossene Ausbau internationaler Partnerschaften ebenso wie eine moderne, heimische Förderung und Akzeptanz. Das neue Rohstoffpapier sendet ein wichtiges Signal: Politik, Wirtschaft und Sozialpartner müssen jetzt gemeinsam handeln, um Deutschlands Versorgung zukunftsfest zu machen.“

Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Peter Leibinger: „Es ist wichtig, dass einige Weichen seitens der Koalition gestellt worden sind: Investitionen, Energiepolitik, Verteidigung und Steuern. Auch die ersten Signale aus dem Entlastungskabinett machen Mut – gehen aber noch nicht weit genug. Am Ende bleibt jede



Wachstumsstrategie Makulatur, wenn die Unternehmen nicht durch grundlegende und wachstumswirksame Strukturreformen entlastet werden. Dies ist die zentrale Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige und wachsende Volkswirtschaft. “

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall: „Die Lage ist ernst: In der Industrie verlieren wir derzeit Zehntausende guter Arbeitsplätze. Das muss enden. Unternehmen und Politik sind in der Pflicht. Es war darum wichtig und notwendig, dass Bundeswirtschaftsministerin Katherine Reiche heute die Spitzenverbände und Gewerkschaften der Industrie an einen Tisch geholt hat, um gemeinsam an konkreten Lösungen zu arbeiten. Neben international wettbewerbsfähigen Energiepreisen und dem effektiven Schutz vor unfairer Billigkonkurrenz vor allem aus China ist eine sichere Versorgung mit Rohstoffen entscheidend für Industrie und Arbeitsplätze in Deutschland. Der jetzt auch haushaltsrechtlich unterlegte Rohstofffonds schafft Planungssicherheit, aber wir brauchen mehr: Kreislaufwirtschaft, gemeinsame Beschaffung, neue Partnerländer sowie Spezialisten, die die Rohstoffmärkte überwachen und so Lieferabbrüche und Produktionsstopps verhindern. Wir haben heute ein gemeinsames Papier vorgelegt, das zeigt, wie eine Rohstoffversorgung in einer zunehmend unsicheren Welt aussehen muss und welche Instrumente dafür nötig sind. Wir müssen bei diesen Punkten jetzt schnell an die Umsetzung gehen. Politik und Unternehmen müssen entschlossen und konsequent handeln. Das ist die klare Erwartung der Beschäftigten in den Betrieben. Die Zeit drängt.“

Das Positionspapier betont die Notwendigkeit, Abhängigkeiten zu reduzieren und die Wertschöpfung in Deutschland durch eine breitere Diversifizierung der Bezugsquellen, den Ausbau heimischer Förderung, Verarbeitungskapazitäten und Recycling von kritischen Rohstoffen zu stärken. Es fordert, bestehende politische Instrumente – etwa den EU Critical Raw Materials Act – konsequent umzusetzen, neue Werkzeuge wie den Rohstofffonds zügig einzusetzen, Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen, wettbewerbsfähige Investitionsbedingungen zu schaffen und Bürokratie abzubauen. Zudem sollen internationale Partnerschaften durch langfristige Lieferverträge, Investitionen in rohstoffreichen Ländern, engere Kooperationen in Weiterverarbeitung, Infrastruktur und Technologie sowie die Nutzung von Freihandelsabkommen, CTIP und Global Gateway vertieft werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf einer ambitionierten Kreislaufwirtschaft, die durch marktbasierende Anreize, Förderung von Recyclingtechnologien und Forschung zu Substitution und effizienter Rohstoffnutzung vorangetrieben werden soll. Schließlich sieht das Papier eine engere Zusammenarbeit von Staat, Industrie und Forschung, unter anderem durch gemeinsame Governance-Strukturen, Taskforces und Roadmaps mit Maßnahmen zur Diversifizierung, Risikominimierung und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit vor.

Das Positionspapier zur Sicherung kritischer Rohstoffe und die Pressemitteilung zum Spitzengespräch finden Sie hier: [Spitzengespräch mit Bundesministerin Katherine Reiche - Bündnis Zukunft der Industrie](#)